

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 24 (1932)
Heft: 12

Artikel: Diskussion : ein Vorschlag zur Ueberwindung des Kapitalismus
Autor: M.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352584>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nale Bildungskomitees, 408 lokale Bildungsausschüsse, die während des letzten Halbjahres 237 Kurse und 2478 Vorträge veranstaltet haben, eine Arbeiterhochschule, die bereits auf eine elfjährige Existenz zurückblicken kann. Diese Methoden der Schulung haben sich, ohne schon vollständig den Erfordernissen zu entsprechen, dennoch in der Praxis als genügend wirksam erwiesen. Das sind die Kräfte, über die die belgische Arbeiterbewegung verfügt, um an der sozialistischen und allgemeinen Erziehung der Arbeiterklasse und gleichzeitig für die Bildung ihres Funktionärstabes zu arbeiten.

Diskussion.

Ein Vorschlag zur Ueberwindung des Kapitalismus.

Wir erhalten eine Zuschrift von einem Genossen, den die Not der Zeit drängt, nach irgendwelchen Auswegen zu suchen. Er kritisiert zunächst die Haltung der Arbeiterbewegung, insbesondere der politischen Organisationen in Deutschland. Er betont mit Recht, dass die Vorgänge der Wirtschaft viel zu wenig beachtet worden sind bisher, dass man glaubte, mit Hilfe der politischen Macht zu einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu kommen, und verkannt hat, dass eine wirklich sozialistische Politik nur möglich ist für eine Regierung, die auch die wirtschaftliche Macht besitzt. Diese Kritik richtet sich ja nicht nur gegen Deutschland. Sie trifft mehr oder weniger für die gesamte Arbeiterbewegung zu. Wir haben in der «Gewerkschaftlichen Rundschau» in einem früheren Heft schon vor der Ueberschätzung der politischen Macht gewarnt und vermehrte Betätigung der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet gefordert.

Die Zuschrift enthält sodann drei Vorschläge, die wir hier veröffentlichen wollen, da sie uns in ihrem Grundgedanken sehr beachtenswert erscheinen:

«Als ersten Anfang zur wirtschaftlichen Umgestaltung und Ueberwindung des Kapitalismus nenne ich den Boykott des Alkoholkapitals. Wenn die über 200,000 sozialistischen Wähler der Schweiz mit ihren Familien von morgen an diesen Boykott 100prozentig durchführten, so läge innert 6 Monaten nicht nur das Alkoholkapital selbst am Boden, sondern es wäre auch dem ganzen übrigen Kapitalismus dermassen die Angst ins Gebein gefahren, dass er willfährig würde, auch noch über allerhand anderes zu verhandeln. Der Arbeiterschaft aber wäre in der gleichen Zeit die Kraft und der Glaube an ihre Sache unendlich gewachsen. Dabei brauchte noch nicht einmal ein einziger Arbeiterwirt zu Schaden zu kommen. Im Gegenteil, indem sie sich der Bewegung anschlossen, für alkoholfreie Getränke wie Süssmost und gute Rohmilch sorgten (nicht aber für Kunstprodukte reklametüchtiger Brauereien usw.), könnten sie der Arbeiterschaft und sich selbst den besten Dienst leisten. Und erst noch könnte der vermehrte Verbrauch solcher einheimischer Produkte eine Brücke zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft schlagen, der letzteren zeigen, wer zur Hauptsache ihre Erzeugnisse verbraucht, mit wem die Bauern daher zusammenspannen müssen, könnte zeigen, dass eine wirtschaftliche Hebung der Arbeiterschaft die beste Hilfe für die Landwirtschaft bedeutet.

So klein, so lächerlich, ja verächtlich dieser erste Vorschlag vielen auf den ersten Blick erscheinen mag, recht betrachtet führt er sehr weit, und er würde es sehr rasch tun, wenn wir, wie gesagt, geschlossen, zu 100% zur Tat schritten. Je mehr an unserer Geschlossenheit fehlt, desto schwächer natürlich die Wirkung.

Der zweite Vorschlag, der hier nur in aller Kürze und Unvollständigkeit angedeutet werden kann, ist die Einsetzung der Arbeiterbewegung mit ihrer ganzen Organisation, Presse und Wählerschaft und mit der Wucht einer neuen, nüchtern-klaren Entschlossenheit für eine grosszügige Siedlungsbewegung, die den Umfang haben muss, dass alle zur Zeit brachliegende Arbeitskraft durch die Anlage der Siedlungen und der dazu gehörenden neuen Verkehrsmittel, Wohnungsausstattungen usw., Arbeitsmöglichkeit findet. Die Siedlungen werden aus Halb- und Voll-Wohnstätten bestehen. Die ersteren, die die Mehrzahl sein dürften, umschliessen die Wohnung für eine Familie und soviel Land, dass dieselbe sich teilweise selbst versorgen kann neben der Berufsarbeit des Mannes in Fabrik, Werkstatt usw., welche letztere, auch entsprechend der heutigen Rationalisierung, auf etwa 30 Stunden pro Woche zu beschränken ist. Die Voll-Siedlerstellen sind Wohnraum mit Stallung und genügend Land zum Erwerb des vollen Familienunterhaltes für solche, die aus dem Landproletariat kommen oder die aus der Stadt ganz aufs Land zurückkehren wollen.

Die Arbeit für die Durchführung einer solchen Siedlungsbewegung muss von der Arbeiterschaft, vor allem der jungen, in Form freiwilligen, uneigennütigen Aufbau-Dienstes (im Gegensatz zum obligatorischen, auf Zerstörung gerichteten Militärdienstes) geleistet werden. Es ist von höchster Wichtigkeit, dass die Arbeiterschaft die Gestaltung eines solchen Aufbau-Dienstes in ihre Hände nimmt, für restlos demokratische Organisation sorgt und damit auch grosszügige Bildungsarbeit im Sinne der Arbeiterbildungsbewegung und ebensolche Sportsbestrebungen im Sinne des Arbeitersportes verbindet, bevor die Reaktion auch bei uns daraus einen Zwangsarbeitsdienst macht.

Das Geld, die Mittel für Siedlung und Aufbau-Dienst, haben die Besitzenden zu stellen, und sie werden es geben, wenn nicht in gutem, aus endlich erkannter Volkssolidarität und Christenpflicht heraus, dann aus jener Angst heraus, die über sie kommen wird, wenn die Arbeiterschaft in der Geschlossenheit und Kraft eines neuen, klar bewussten wirtschaftlichen Aufbau-Willens vor ihnen steht.

Mit dem Rechte des von ihr in Form von Arbeit gebrachten eigenen Dienstes und Opfers wird die Arbeiterschaft von den Besitzenden dann die Abgabe aller Uebergewinne und Uebereinkommen und Uebervermögen an die Gemeinschaft fordern. Mehr als, sagen wir einmal 15,000 Franken Jahreseinkommen und 100,000 oder auch 200,000 Franken Vermögen pro Familie braucht niemand. Was darüber ist, gehört nicht dem einzelnen, sondern der Gesamtheit. Diese Opfer des Besitzes sind nötig, um der Arbeit zu erlauben, ihr Werk der wirtschaftlichen Umgestaltung zu tun. Je williger sich die bisherigen Träger des Besitzes dazu verstehen werden, desto mehr werden ihre Opfer von den Trägern der Arbeit anerkannt werden, desto glückhafter wird sich der neue Aufbau vollziehen können.

Und nun noch rasch den dritten Vorschlag: Wer nicht imstande ist, selbst Geld zu verdienen (Frauen, Kinder, Alte, Kranke, Gebrechliche), muss durch ausreichende Mütter-, Kinder-, Alters-Renten etc. unabhängiger gemacht werden von der Erwerbsarbeit des « Ernährers ». Zu dem was diese

Nichterwerbsfähigen immerhin, zum Beispiel als Halbsiedler für ihre Selbstversorgung gewinnen, müssen sie von der Volksgemeinschaft das, was sie brauchen, bekommen, auch wenn der «Ernährer» nicht mehr da ist oder nicht arbeiten kann oder will. An den Mitteln für solche ausreichende Renten wird es nicht mehr fehlen, wenn einerseits die Tribute an das Alkoholkapital und die Kranken-, Irren- und Zuchthausaufwendungen für die Folgen des Alkoholismus aufhören und andererseits die Uebereinkommen und Uebervermögen der Gesamtheit zufallen.

Soll von diesen und vielleicht noch anderen Vorschlägen für die wirtschaftliche Transformation etwas verwirklicht werden, so wäre zunächst wohl ein Wirtschaftsrat aus solchen Vertretern der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes zu bilden, die bereit sind, auf dieser Basis zu arbeiten, unter Zuzug auch aller anderen Kreise, die sich zu ehrlicher Mitarbeit auf dem gleichen Boden bereit fänden.

Auf zur Tat, solange es noch Zeit ist.»

Wir haben diese Vorschläge veröffentlicht, weil wir den Gedanken, der ihnen zugrunde liegt, für sehr wichtig halten. Dieser Grundgedanke lautet:

Die Arbeiterschaft soll vor allem einmal zur Selbsthilfe greifen. Sie muss ihre eigenen Kräfte in der Wirtschaft einsetzen, um sich zu befreien. Es ist das der alte, von Marx schon verkündete Grundsatz, dass die Arbeiterschaft nur von sich selbst Befreiung erwarten darf. Nur hat man das bisher viel zu einseitig auf das Gebiet der Politik bezogen und die grossen Wirkungsmöglichkeiten in der Wirtschaft stark vernachlässigt. Hier setzt der Genosse ein, den wir zitiert haben. Allein wir müssen uns doch fragen, ob seine Vorschläge den richtigen Weg weisen.

Die Selbsthilfe der Arbeiterschaft muss sich auf ein Gebiet richten, wo wir einen möglichst grossen Teil der Arbeiter für eine Selbsthilfeaktion gewinnen können. Die Boykottierung des Alkoholkapitals, so wünschenswert sie ist, wird nur bei einem relativ kleinen Teil Widerhall finden. Und was die Siedlungsreform anbetrifft, so kann auch sie nur einen sehr bescheidenen Kreis umfassen, denn ein Grossteil der Bevölkerung ist an irgend einen Ort, ja häufig an eine bestimmte Wohnung gebunden. Es wäre auch volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, mehr an neuen Siedlungen zu beschaffen, als was erforderlich wird durch Ausschaltung alter, unbrauchbarer Wohnungen und durch Neubedarf. Die Siedlungsreform im Sinn von Heimstätten wird den Kreis der möglichen Interessenten nochmals verringern, weil ihre Eigenart vielen Bedürfnissen nicht entsprechen wird. Die heute schon bestehenden Wohnbaugenossenschaften, soweit sie auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehen und fortschrittlich eingestellt sind, dürften wohl die Aufgaben auf diesem Gebiet richtig anpacken. Anzustreben bleibt noch eine engere Zusammenarbeit mit den andern Genossenschaften und der übrigen Arbeiterbewegung. Der Vorschlag auf Finanzierung dieser Siedlungsbewegung durch Besteuerung der hohen Gewinne, Vermögen und Einkommen, fällt natürlich aus dem Rahmen der Selbsthilfe heraus und wäre nur zu verwirklichen durch eine absolut sichere politische Mehrheit.

Von dieser Lösung der Finanzfrage hängt auch die Verwirklichung des dritten Vorschlages ab. Die Ausrichtung von Renten an alle nicht Erwerbsfähigen ist eigentlich nur eine besondere Form der Durchführung des in einem Sozialstaat selbstverständlichen Grundsatzes, dass für die nicht Erwerbsfähigen genügend gesorgt werden muss.

Was uns an den publizierten Vorschlägen für die Arbeit unserer Bewegung brauchbar erscheint, ist die Forderung, dass die Kaufkraft der

Arbeiterschaft noch viel mehr in den Dienst des gemeinwirtschaftlichen Aufbaus gestellt werden muss, als es heute geschieht. Nur glauben wir, dass das nicht in erster Linie bei Dingen geschehen kann, für die die Arbeiterbevölkerung nur sehr schwer zu gewinnen ist, sondern, dass man den Anfang machen muss mit Aufgaben, an deren Bewältigung die Massen schon heute herangeführt werden können. Wir denken hauptsächlich an die Verwertung der Kaufkraft zur Unterstützung der Genossenschaften und zur Unterstützung jener Güterproduktion, die unter vertraglich geregelten Arbeitsbedingungen erfolgt. Der letztgenannte Gedanke ist in England und Amerika durch das «Label» (Gewerkschaftsmarke) in bemerkenswertem Umfange verwirklicht worden. Er hat in letzter Zeit auch in der Schweiz Eingang gefunden. Wir hoffen, demnächst in der «Gewerkschaftlichen Rundschau» einen besonderen Artikel über dieses Thema veröffentlichen zu können. M. W.

Wirtschaft.

Die Lage der Industrie.

Die Frage, die überall gestellt wird, ob die Krise sich immer weiter verschärfen werde oder ob die Silberstreifen am Oktoberhimmel noch eine Hoffnung lassen, veranlassten uns, nicht erst die Industrierichte des letzten Vierteljahres abzuwarten, sondern schon über die Erhebung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit vom 3. Quartal zu orientieren.

«Befriedigend» oder «schlecht» lautet das Urteil der überwiegenden Mehrheit der Unternehmer über den Beschäftigungsgrad im dritten Vierteljahr. Nur 7,5 Prozent der Betriebe, die 5,9 Prozent der Arbeiter umfassen, melden einen guten Beschäftigungsgrad. 43,3 Prozent der Betriebe (37,2 Prozent der Arbeiter) erklären die Lage als befriedigend. 49,2 Prozent der Betriebe, die aber mehr als die Hälfte der Arbeiter beschäftigen (56,9 Prozent) geben schlechte Nachricht. Eine Verschlechterung ist eingetreten in der graphischen und in der chemischen Industrie und vor allem im Baugewerbe. Eine etwas bessere Beurteilung als im zweiten Quartal erfolgte in der Baumwollindustrie, dann namentlich in der Bekleidungsindustrie und auch in der Uhrenindustrie. Es wird gemeldet, dass die Beschäftigungslage in verschiedenen Zweigen der durch die Kontingentierungspolitik geschützten Inlandindustrien sich gebessert habe. Und wenn nicht die Krise aus den bereits früher erwähnten Gründen scharf ins Baugewerbe vorgedrungen wäre, so könnte im allgemeinen sogar eine bescheidene Besserung der Wirtschaftslage festgestellt werden.

In der Graphik haben wir den Beschäftigungskoeffizienten der Zahl der Arbeiter in gleichen Betrieben gegenübergestellt. Es ergibt sich dadurch ein interessanter Vergleich der subjektiven Einschätzung der Konjunktur durch die Unternehmer mit dem tatsächlichen Beschäftigungsstand, wie er in der Zahl der Arbeiter zum Ausdruck kommt. Der Beschäftigungsstand hat sich auch im dritten Quartal etwas verschlechtert, während die Beurteilung durch die Betriebsleitung günstiger ist als im zweiten Vierteljahr. Es ist anzunehmen, dass die saisonmässige Konjunkturbelebung auf Weihnachten hin dabei eine gewisse Rolle spielt. Doch ergibt ein Vergleich mit dem Vorjahr, dass damals schon im dritten Quartal die Lage wieder ungünstiger eingeschätzt wurde als im Sommer. Vielleicht kann aus dem nun seit einem Jahr stabilen Verlauf des